

# Kämpfen um alle Arbeitsplätze und Werke



Den „Beschäftigten einiges zumuten“, das ist die erklärte Schlussfolgerung von Daimler-Chef Zetsche aus der kapitalistischen Krise. Und damit spricht er für alle Besitzer und Manager von Konzernen und Banken. Für die einbrechenden Profite soll die arbeitende Bevölkerung bezahlen. Zum Beispiel mit Lohnverzicht (bei Daimler aktuell 2 Milliarden) und Entlassungen. Die Rekord-Profite der letzten Jahre landeten bei den Superreichen. Jetzt starten die Konzerne und spätestens nach der Bundestagswahl auch die Regierungen ihre Angriffe auf unseren Lebensstandard. Auf die Agenda 2010 folgt die Agenda 2020. Nötig ist **Widerstand gegen Entlassungen, Lohnraub und Agenda 2020.**

Die Gewerkschaftsspitzen und Betriebsratsfürsten der Großkonzerne weichen zurück und unterzeichnen neue Verichtsvereinbarungen. Dabei ist offensichtlich: Der Verzicht der letzten Jahre hat keinen einzigen Arbeitsplatz sicherer gemacht. Im Gegenteil. Die Abwicklung von Arbeitsplätzen wird billiger, Entlassungen einfacher. **Die Ausgangslage für die Verteidigung der Jobs wird dadurch verschlechtert. Und nur durch Kampf können Arbeitsplätze erhalten werden.**

Die Gewerkschaftsspitzen halten ihren Freunden in SPD und Grünen den Rücken frei. Sie akzeptieren die Profit- und Konkurrenzlogik des Kapitalismus. Doch diese Logik führte in die Krise. Nur ein Bruch damit kann sicher stellen, dass die Masse der Bevölkerung nicht die Lasten der Krise bezahlen muss.

## Krise sozialistisch lösen

Um die Interessen von Beschäftigten, Erwerbslosen, Jugendlichen und Rentnerinnen gegen die Besitzer der Banken und Konzerne zu verteidigen, ist eine Strategie nötig, die einen gemeinsamen Kampf für eine grundlegend andere Politik ermöglicht.



► **Die Reichen sollen zahlen.** Vermögenssteuer von 10% ab 1 Million. 80% Spitzensteuersatz ab 500.000 Euro Jahreseinkommen. Finanzierung eines Investitionsprogramms von 100 Milliarden jährlich zur Verbesserung von Bildung & Gesundheit und zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

► **Kampf der Massenarbeitslosigkeit** durch Umverteilung der Arbeit: **30-Stunden-Woche bei vollem Lohn** und Personalausgleich, Weg mit Hartz IV, für eine Mindestsicherung ohne Schikanen von mindestens 750 Euro plus Warmmiete. **Erhalt aller Arbeitsplätze und aller Werke.**

► **Verstaatlichung der Banken und Großkonzerne** bei Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung. Nutzen dieser Ressourcen zur Lenkung der Wirtschaft im Interesse der Menschen und der Anforderungen der Umwelt. Entschädigung nur für Kleinaktionäre.

► **Enteignung aller Betriebe, die mit Entlassungen drohen.**

Die SAV ist der Ansicht, dass gegen jede Verschlechterung und für jede Verbes-

### Alle gemeinsam:

## Generalstreik wie in Frankreich!

### Der Widerstand nimmt zu:

28.3.: 60.000 demonstrieren: „Wir zahlen Eure Krise nicht!“

Anfang Mai: Aktionstage der IG Metall in den Betrieben

16.5.: DGB-Demo in Berlin: „Die Verursacher sollen zahlen!“

17.6.: Bildungstreik an Schulen und Unis

5.9.: IG-Metall-Großdemo in Frankfurt

17.9.: Aktionstag „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“

### Nächster Schritt: Eintägigen Generalstreik vorbereiten

Auch in den Betrieben beginnt sich Widerstand gegen Entlassungen zu entwickeln. Ob bei Conti oder Federal Mogul: Beschäftigte setzen sich zur Wehr.

### Die Auseinandersetzungen müssen zusammen geführt werden!

Zur Verbesserung der Ausgangslage für die anstehenden Kämpfe zu Gunsten der Lohnabhängigen setzen wir uns für die Vorbereitung eines eintägigen Generalstreik ein.

### Bewegung von unten

Doch die Gewerkschaftsspitzen weichen zurück. Daher müssen Schritte von unten ergriffen werden:

■ Für **Vertrauensleute- und Betriebsrätekonferenzen**, um über den Widerstand zu beraten

■ Für **örtliche und regionale gemeinsame Streiks** aller Gewerkschaften

■ In von Entlassungen bedrohten Werken: Vorbereitung von **Betriebsbesetzungen**

serung gekämpft werden muss – nicht vereinzelt, sondern gemeinsam und organisiert.

Alle Erfahrungen zeigen aber: Der Kapitalismus kann nicht zu einer friedlichen und sozial gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. **Deshalb gilt es, den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine andere, sozialistische Gesellschaft zu verbinden.** In einer sozialistischen Demokratie kann für die Bedürfnisse der Menschen und im Einklang mit der Umwelt statt für die Gewinne einiger weniger Kapitalbesitzer gewirtschaftet werden. **Sozialismus** hat nichts zu tun mit der Diktatur der Konzerne heute, aber auch nicht mit der Herrschaft einer abgehobenen Bürokratie wie in der DDR. Auf allen Ebenen muss es **jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit** geben. **Gewählte VertreterInnen dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn** (rund 3.000 Euro brutto).

Schon heute müssen diese demokratischen Prinzipien in den Gewerkschaften und der LINKEN eingeführt werden.

### Mitmachen bei der SAV

Für eine solche Politik ergreifen wir Initiativen, dafür sind wir aktiv in der LINKEN und in den Gewerkschaften.

**Die Herrschaft der Banken und Konzerne muss überwunden werden. Weltweit.** Dafür bedarf es einer internationalen marxistischen Organisation. Das Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI) will eine solche aufbauen. Die SAV ist Teil des CWI.

## Für ein kämpferische Alternative zu den Parteien der Banken und Konzerne:

# LINKE zu einer sozialistischen Arbeiterpartei aufbauen

Im Krisen- und Superwahljahr 2009 ist die Lage alles andere als super für die Lohn- und Gehaltsabhängigen. Die Konzerne und Superreichen haben viele Parteien, von der CDU bis zu SPD und Grünen. Doch eine Massenpartei, die konsequent unsere Interessen vertritt, müssen sich Beschäftigte, Erwerbslose, Jugendliche und RentnerInnen erst noch gemeinsam aufbauen.

Einen Ansatz dazu bietet die Partei DIE LINKE. Doch ausgerechnet angesichts der Krise verordnet die Führung um Lafontaine und Gysi dem eigenen, davor schon unklaren Programm einen Weichspüler.

Die SAV setzt sich dafür ein, die LINKE zu wählen. Aber vor allem geht es darum, auf die LINKE Einfluss zu nehmen und sie zu verändern: Weg von der Unterordnung der eigenen Positionen unter mögliche Regierungskoalitionen mit der SPD – hin zu einer kämpferischen, sozialistischen Massenpartei, die den Herrschenden und Regierenden den Kampf ansagt. Wir brauchen kein neues „kleineres Übel“, sondern eine Kraft, die sich kapitalistischem Krisenmanagement widersetzt.



## Mach mit bei den SozialistInnen!

- Ich möchte **weitere Informationen** über euch.
- Ich möchte die **solidarität – SOZIALISTISCHE ZEITUNG** abonnieren. (Kosten und Bedingungen für das Abo: 15 Euro für ein Jahr innerhalb Deutschlands, 20 Euro für ein Jahr außerhalb Deutschlands. Das Abo verlängert sich nach Ablauf um ein weiteres Jahr und kann jederzeit gekündigt werden.)
- Ich möchte ein **Förderabo** der **solidarität – SOZIALISTISCHE ZEITUNG** mit einer monatlichen Spende von \_\_\_ Euro (ab 3 € pro Monat)
- Ich will Mitglied der SAV werden

Name

Straße

PLZ und Ort

Telefon/Email

Dazu ermächtige ich – jederzeit widerruflich – die SAV, 15 € /20 € oder meine regelmäßige Spende von meinem Konto einzuziehen.

Name KontoinhaberIn

Kontonummer

Bank

Bankleitzahl

Datum

Unterschrift

Bitte ausschneiden und senden an:  
SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin oder  
Fax: 030 – 247 238 04

